

"An den Wurzeln Europas für Frieden und Einheit"

Pape Léon XIV - 06 Okt 2026

In einer Rede, die Papst Leo XIV. am 28. September in Metz im Rahmen seiner Apostolischen Reise nach Frankreich hielt und deren vollständigen Wortlaut wir hier wiedergeben, würdigt er Robert Schuman nachdrücklich und stellt dabei die Wurzeln und die Zukunft Europas in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Frieden, Einheit, Dialog, Menschenwürde und die Achtung des Rechts erweisen sich als die wesentlichen Grundlagen des europäischen Projekts. Angesichts der heutigen Herausforderungen beruht die Zukunft Europas auf einem Gleichgewicht zwischen der Treue zu seinen Wurzeln, der Offenheit gegenüber dem Anderen und dem Aufbau einer dauerhaften Solidarität.



[Neuigkeiten](#) | [Stiftung](#) | [Verteidigung und Sicherheit](#) | [Wirtschaft und Finanzen](#) | [Diplomatie und Geopolitik](#) | [Demokratie und Politik](#) |

[Digitales und Technologie](#) | [Staatsbürgerschaft und Mobilität](#) | [Institutionen und Erweiterung](#) | [Kultur](#) |

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

■ Neuigkeiten :



Der Papst, Europa, Schuman und Macron

Anlässlich seiner apostolischen Reise nach Frankreich stellte Papst Leo XIV. seine am 28. September in Metz gehaltene Rede ganz in den Zeichen Europas. Er bekräftigte sein Bekenntnis zu einer gerechten und solidarischen Welt und griff auf die Geschichte zurück, um eine Botschaft der Hoffnung für den europäischen Kontinent zu vermitteln, womit er an die Erklärung von Robert Schuman vom 9. Mai 1950 anknüpfte. [Fortsetzung](#)

■ Stiftung :



Neue Zahlungen im Rahmen von NextGenerationEU

Am 29. September hat die Europäische Kommission die fünften und letzten Zahlungsanträge Frankreichs und Österreichs im Rahmen des NextGenerationEU-Programms in Höhe von 6,1 Milliarden Euro bzw. 306 Millionen Euro positiv bewertet. Am 1. Oktober überwies sie 225 Millionen € an Belgien, 120 Millionen € an Zypern, 135 Millionen € an Estland, 7,9 Milliarden € an Polen und 1,47 Milliarden € an Schweden, womit sich die im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität freigegebenen Mittel auf insgesamt über 450 Milliarden € belaufen. Die Robert-Schuman-Stiftung bietet auf ihrer Website eine Übersicht über die verschiedenen nationalen Konjunkturprogramme an, in der die Beträge, Zeitpläne und Prioritäten dargestellt sind. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#)



Die "Vereinigte Liste" des lettischen Ministerpräsidenten Andris Kulbergs gewinnt die Wahlen

Die lettischen Wahlen bestätigen den Wunsch nach Kontinuität im Umfeld der "Vereinigten Liste", zeigen aber gleichzeitig den Vormarsch populistischer und russlandfreundlicher Kräfte vor dem Hintergrund geopolitischer Spannungen und wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Die "Vereinigte Liste" liegt mit 35,28 % (41 Sitze) deutlich an der Spitze, gefolgt von "Lettland zuerst" (pro-russisch) mit 13,57 % der Stimmen (17 Sitze) und "Souveräne Macht" (pro-russisch) mit 11,71 % (15 Sitze). Es folgen die "Nationale Allianz" (konservativ-rechts) mit 8,89 % der Stimmen (10 Sitze), die "Progressiven" (sozialdemokratisch) mit 7,87 % (10 Sitze) und "Neue Einheit" (Mitte-rechts) mit 6,36 % und 7 Sitzen. Die Herausforderung besteht nun darin, eine stabile Koalition zu bilden und gleichzeitig die europäische und atlantische Verankerung Lettlands zu wahren. [Fortsetzung](#)

■ Verteidigung und Sicherheit :



Verteidigungszusammenarbeit zwischen Rumänien und Polen

Im Rahmen des Finanzinstruments "Security Action for Europe" (SAFE) haben die rumänische und die polnische Verteidigungsministerin am 30. September eine Absichtserklärung über ihre Zusammenarbeit unterzeichnet. Sie vereinbarten, ihre Zusammenarbeit zu verstärken, um die Rüstungsindustrie ihrer jeweiligen Länder zu unterstützen, und eng bei der Beschaffung eines Angriffssystems mit Präzisionsmunition zusammenzuarbeiten. Dieses Projekt, das vom rumänischen Verteidigungsministerium geleitet wird, wird durch das SAFE-Instrument finanziert. [Fortsetzung](#)



Treffen der europäischen Verteidigungsminister

Am 28. September trafen sich die Verteidigungsminister der 27 Mitgliedstaaten in Brüssel. Im Mittelpunkt ihrer Gespräche standen insbesondere die Unterstützung der Europäischen Union für die Ukraine, die Lage im Nahen Osten und deren Auswirkungen auf die Union sowie die jüngsten Entwicklungen in Grönland. Die Minister billigten die ersten fünf europäischen Verteidigungsprojekte von gemeinsamem Interesse im Rahmen des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIP) und verabschiedeten einen Beschluss zur Verbesserung der europäischen Reaktionsfähigkeit auf Bedrohungen im Weltraum. [Fortsetzung](#)



Großbritannien kündigt 31 neue Sanktionen gegen Russland an

Am 1. Oktober hat die britische Regierung 31 neue wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen gegen Russland bekannt gegeben. Gegen 23 natürliche Personen werden Vermögenssperren und Einreiseverbote verhängt, und acht Schiffe werden mit maritimen und handelsbezogenen Sanktionen belegt. London zielt insbesondere auf Personen ab, die für Menschenrechtsverletzungen und die Indoktrinierung von Kindern in den besetzten Gebieten der Ukraine verantwortlich sind, sowie auf Schiffe, die mit der russischen "Geisterflotte" in Verbindung stehen. [Fortsetzung](#)

■ Wirtschaft und Finanzen :



Treffen der Minister für Landwirtschaft und Fischerei

Am 28. und 29. September tauschten sich die Minister für Landwirtschaft und Fischerei der 27 Mitgliedstaaten unter anderem über die Gemeinsame Agrarpolitik aus, um beim nächsten Rat am 15. und 16. Oktober eine teilweise allgemeine Ausrichtung zu erreichen. Sie forderten unter anderem eine Vereinfachung der Vorschriften, um den Verwaltungsaufwand für Landwirte und nationale Behörden zu verringern. Die Minister einigten sich auf eine teilweise Verhandlungsposition zur künftigen europäischen Förderung der Fischerei, der Aquakultur und der Meerespolitik für den Zeitraum 2028–2034. [Fortsetzung](#)



Haushalt: Schwierige Verhandlungen zwischen den Sparfüchsen und den Verfechtern der Landwirtschaft und des Zusammenhalts

Am 29. September unterzeichneten die Regierungschefs von Deutschland, Österreich, Dänemark, Finnland, den Niederlanden und Schweden gemeinsam einen Brief, in dem sie eine tiefgreifende Reform des mehrjährigen Finanzrahmens 2028–2034 forderten. Diese sechs Staaten machen ihre Zustimmung von einer Kürzung des Finanzrahmens um mehrere hundert Millionen Euro abhängig. Als Reaktion darauf richteten die Regierungschefs von sieben Mitgliedstaaten am 3. Oktober ein Schreiben an den irischen Premierminister (Taoiseach) Micheál Martin, dessen Land derzeit den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat. Sie plädieren dafür, dass Landwirtschaft und Kohäsion die zentralen Prioritäten des nächsten mehrjährigen Haushaltsplans bleiben. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Auf dem Weg zu einer europäischen Zahlungshoheit?

Am 30. September kündigten fünf europäische Zahlungsdienstleister (Bancomat, Bizum, Wero/EPI, SIBS-MB WAY und Vipps MobilePay) die Gründung eines gemeinsamen Unternehmens namens "European Network for Payments" (Europäisches Zahlungsnetzwerk) an, mit dem Ziel, eine europäische Alternative zu den auf dem Kontinent dominierenden amerikanischen Zahlungssystemen wie Visa, Mastercard oder PayPal anzubieten. Die Initiative zielt darauf ab, die derzeitige Fragmentierung der Zahlungssysteme durch eine Vernetzung der bestehenden Systeme über eine gemeinsame, auf europäischen Standards basierende Infrastruktur zu überwinden. Das ENP, das seinen Sitz in Madrid haben wird, muss nun darauf hinarbeiten, seine Komplementarität mit dem Projekt des digitalen Euro der Europäischen Zentralbank (EZB) sicherzustellen und die Unterstützung der Händler sowie der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu gewinnen. [Fortsetzung](#)



Auszahlung von 2,9 Milliarden Euro an die Ukraine

Am 2. Oktober hat die Europäische Kommission im Rahmen der Ukraine-Fazilität 2,9 Milliarden Euro an die Ukraine ausgezahlt. Diese achte Tranche dient unter anderem der Unterstützung der finanziellen Stabilität und der Umsetzung von Reformen im Land. Die Kommission gibt an, dass die Ukraine zehn Reformschritte erfüllt hat, die insbesondere die Bereiche Justiz, Energie und Landwirtschaft betreffen. Bis heute beläuft sich die im Rahmen des Ukraine-Plans bereitgestellte Gesamtunterstützung auf über 32 Milliarden Euro, einschließlich der Beiträge von Partnerländern und der Mittel aus dem Ukraine-Unterstützungsdarlehen. [Fortsetzung](#)

■ Diplomatie und Geopolitik :



Erklärung der G7 zur globalen Energiesicherheit und zur Marktstabilität

Am 2. Oktober fand eine Sondersitzung der G7 statt, die sich mit den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Energiekrise befasste. Die Staats- und Regierungschefs kündigten insbesondere eine von der Internationalen Energieagentur koordinierte Freigabe von 100 Millionen Barrel Öl in den nächsten vier Monaten an. Weitere Maßnahmen zur Gewährleistung der globalen Energiesicherheit und der Marktstabilität wurden angekündigt, darunter die Koordinierung der Wartungsprogramme für Raffinerien in den G7-Ländern. [Fortsetzung](#)



Staatsbesuch des französischen Präsidenten in Spanien

Am 29. und 30. September stattete der französische Präsident Emmanuel Macron Spanien einen Staatsbesuch ab – den ersten eines französischen Präsidenten seit 2009. Er hielt an der Universität Complutense eine Rede zum Thema Digitalisierung, eröffnete das französisch-spanische Wirtschaftsforum, wurde von König Felipe IV. zu einem Staatsbankett empfangen und führte Gespräche mit dem spanischen Regierungschef Pedro Sánchez. Bei einer Pressekonferenz bekräftigten die beiden Staatshäupter ihre gemeinsamen europäischen Prioritäten in den Bereichen Außenpolitik, Wettbewerbsfähigkeit, Migration und Digitalisierung. Schließlich brachten sie ihre gemeinsamen Hoffnungen auf eine künftige Ratifizierung des französisch-spanischen Freundschaftsvertrags zum Ausdruck, nachdem der spanische Senat den Text abgelehnt hatte. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Staatsbesuch des finnischen Präsidenten in Luxemburg

Am 29. und 30. September stattete der finnische Präsident Alexander Stubb Luxemburg einen Staatsbesuch ab. Am 30. September besuchte er die Universität Luxemburg und informierte sich über verschiedene Forschungsprojekte, die von den Projektleitern vorgestellt wurden und die Bereiche Gesundheit, künstliche Intelligenz und Daten, Quantenkommunikation, Hochleistungsrechnen sowie Quantenwissenschaften betrafen. Anschließend besuchte er gemeinsam mit Ministerpräsident Luc Frieden das Schloss Betzdorf, den Sitz der European Satellite Company (SES). Nach einer kurzen Vorstellung der Aktivitäten des Unternehmens und der wichtigsten Projekte, die für Finnland von Interesse sind, besichtigten die Teilnehmer das Satellitenkontrollzentrum und tauschten sich mit dem für die Überwachung und Steuerung der Satelliten zuständigen Team aus. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz in der Ukraine

Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz hat am 4. Oktober in Begleitung der Wirtschaftsministerin Katherina Reiche und einer Unternehmensdelegation der Ukraine einen Besuch abgestattet. Bei dieser Gelegenheit versprach er ein neues Hilfspaket: eine Milliarde Euro an freigegebenen Militärkrediten, zu denen noch 350 Millionen Euro für den Energiesektor hinzukommen, der wiederholt Ziel russischer Angriffe war. Nach Angaben des deutschen Regierungschefs steht im Mittelpunkt dieser neuen Hilfe eine Vereinbarung über die gemeinsame Herstellung von Abfangdrohnen, sogenannten "Anti-Jet"-Drohnen, sowie von Raketen mit einer Reichweite von über 1.000 Kilometern. Die Vereinbarung umfasst auch Satellitentechnologien, die es der ukrainischen Armee ermöglichen werden, ihre Ziele besser zu orten und zu markieren. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Demokratie und Politik :



Vorgezogene Parlamentswahlen in Spanien am 29. November

Am 5. Oktober kündigte Regierungschef Pedro Sánchez (PSOE-PSE) die Auflösung des Parlaments und die Einberufung vorgezogener Parlamentswahlen an, die am 29. November stattfinden sollen. Er steht seit 2023 an der Spitze einer Minderheitskoalitionsregierung, deren Amtszeit ursprünglich bis Mitte 2027 vorgesehen war. Nachdem das Parlament jedoch einen Gesetzentwurf zum Wohnungswesen abgelehnt hatte, erklärte der spanische Regierungschef, er wolle eine breitere Mehrheit gewinnen, "um die Reformen gründlich voranzutreiben". Die Spanier sind daher am 29. November aufgerufen, an die Urnen zu gehen, um die beiden Kammern der Cortes generales, den Abgeordnetenkongress und den Senat, neu zu wählen. [Fortsetzung](#)



Magdalena Andersson mit der Regierungsbildung beauftragt

Am 28. September verzichtete die Sozialdemokratin Magdalena Andersson mangels ausreichender Unterstützung darauf, eine Regierung zu bilden, nachdem Andreas Norlén mit Unterstützung der Linkspartei zum Parlamentspräsidenten gewählt worden war. Am 2. Oktober beauftragte der Parlamentspräsident sie, einen erneuten Versuch zur Regierungsbildung zu unternehmen. Sie muss ihm bis zum 12. Oktober ihre Antwort mitteilen oder um eine Fristverlängerung bitten. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Wahlen in Bosnien und Herzegowina

Am 4. Oktober waren 3,4 Millionen Wähler aufgerufen, ihre Vertreter in einem vielschichtigen institutionellen System zu wählen, das darauf ausgelegt ist, die Macht zwischen Bosniaken, Kroaten und Serben aufzuteilen. Bosnien und Herzegowina ist in zwei autonome Entitäten unterteilt, die jeweils über eine eigene Regierung verfügen: die Republika Srpska und die kroatisch-bosnische Föderation. An der Spitze des Ganzen stehen eine Zentralregierung und eine dreiköpfige Präsidentschaft. Zwei Präsidenten (der Bosnier Denis Becirovic und der Serbe Milorad Dodik) wurden für vier Jahre wiedergewählt. Der scheidende kroatische Präsident Zeljko Komsic wurde durch eine Frau, Darijana Filipovic von der HDZ-Partei, abgelöst. Die Wähler mussten über 500 Mandatsträger und Amtsträger wählen, darunter auch die Mitglieder der Präsidentschaft. Nach Angaben der Behörden lag die Wahlbeteiligung bei 42 %, was einem Rückgang von fast 10 Prozentpunkten gegenüber der letzten Wahl im Jahr 2022 entspricht. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Siegfried Mureșan scheitert bei der Vertrauensabstimmung im rumänischen Abgeordnetenhaus

Am 30. September sprach das rumänische Abgeordnetenhaus Siegfried Mureșan, der von Präsident Nicușor Dan nach dem Sturz der Regierung von Ilie Bolojan im vergangenen Mai zum Ministerpräsidenten designiert worden war, nicht das Vertrauen aus. Der Europaabgeordnete (EVP) erhielt 182 von den 233 Stimmen, die für das Vertrauen des Parlaments erforderlich waren. Nun kann das Staatsoberhaupt vorgezogene Wahlen einberufen oder versuchen, einen neuen Ministerpräsidenten zu ernennen. [Fortsetzung](#)

■ Digitales und Technologie :



Bericht über Wissenschaft, Forschung und Innovation

Am 1. Oktober hat die Europäische Kommission die neue Ausgabe ihres Berichts über Wissenschaft, Forschung und Innovation veröffentlicht. Darin betont sie die Notwendigkeit, die Investitionen in Forschung und Entwicklung zu erhöhen, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken, öffentliche und private Investitionen besser zu koordinieren und die Potenziale der verschiedenen Regionen stärker zu nutzen. In diesem Zusammenhang bereitet sie insbesondere ein Gesetz zum Europäischen Forschungsraum (European Research Area Act) vor und hat im September ein europäisches Innovationsgesetz (European Innovation Act) vorgeschlagen. [Fortsetzung](#)



Nobelpreis für Medizin

Der Nobelpreis für Medizin wurde am 5. Oktober an den Amerikaner Karl Deisseroth und die Deutschen Peter Hegemann und Georg Nagel "für ihre Entdeckungen im Bereich der lichtaktivierten Ionenkanäle und der Optogenetik" verliehen. [Fortsetzung](#)

■ Staatsbürgerschaft und Mobilität :



Treffen der europäischen Justiz- und Innenminister

Am 1. und 2. Oktober haben die Justiz- und Innenminister neue Rückführungsvorschriften für Personen verabschiedet, die keinen Aufenthaltsanspruch in der Europäischen Union haben, sowie einen Beschluss über den Abschluss des Abkommens mit der Schweiz über Fluggastdaten. Zudem gaben sie grünes Licht für die Unterzeichnung eines Abkommens mit Südkorea über die Übermittlung von Fluggastdaten, das dazu beitragen soll, "Terrorismus und schwere Straftaten zu verhindern, aufzudecken, zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen". Am 2. Oktober verabschiedeten die Minister Schlussfolgerungen zur Bekämpfung von Rassismus und damit verbundenen Formen von Hass und Diskriminierung. Sie führten eine Orientierungsdebatte über die Überarbeitung des Mandats von Eurojust, der Europäischen Stelle für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



DiscoverEU-Programm für 18-Jährige

Bis zum 15. Oktober können sich junge Menschen, die im Jahr 2008 geboren wurden und ihren Wohnsitz in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, in einem assoziierten Überseegebiet oder -land oder in einem mit Erasmus+ assoziierten Drittland haben, für das DiscoverEU-Programm bewerben. Als Teil des Erasmus+-Programms ermöglicht DiscoverEU 18-Jährigen, Europa mit einem Fahrschein, insbesondere mit der Bahn, zu entdecken. In dieser Runde können die ausgewählten Teilnehmer zwischen dem 1. März 2027 und dem 31. Mai 2028 bis zu 7 Tage innerhalb eines Zeitraums von maximal einem Monat reisen. Außerdem haben sie die Möglichkeit, andere Reisende bei "Meet-ups" zu treffen, die im Rahmen des Programms organisiert werden. [Fortsetzung](#)

■ Institutionen und Erweiterung :



Reise von Ursula von der Leyen auf den Balkan

Vom 30. September bis zum 2. Oktober unternahm die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, ihre sechste jährliche Reise in den Westbalkan. Sie besuchte nacheinander Albanien, den Kosovo, Montenegro und Nordmazedonien. Im Mittelpunkt ihrer Gespräche standen die nächsten Schritte, die unternommen werden müssen, um die Partnerländer der Region auf dem Weg zum EU-Beitritt voranzubringen, sowie der laufende Prozess der schrittweisen Integration. Im Rahmen dieser Reise wurden in Budva Absichtserklärungen zwischen sieben Industrieparks und Gewerbegebieten der sechs Volkswirtschaften des Westbalkans (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien) und Partnerorganisationen der Europäischen Union unterzeichnet. Mit dieser Unterzeichnung wird die Partnerschaft zwischen den Industrieparks der Region und denen der EU offiziell ins Leben gerufen. [Fortsetzung](#)



Andy Burnham lässt eine Rückkehr in die Europäische Union offen

Am 29. September bezeichnete der britische Premierminister Andy Burnham in seiner Rede auf dem Jahreskongress der Labour-Partei den Brexit als etwas, das dem Land "mehr geschadet als genutzt" habe, und kündigte an, die Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien langfristig verändern zu wollen. So schlägt er zwar vor, der Zollunion beizutreten oder sich in den Binnenmarkt zu integrieren, schließt aber auch die Möglichkeit eines zweiten Referendums über einen erneuten Beitritt zur Europäischen Union nicht aus. Dieser Kurswechsel wurde von der Europäischen Kommission und mehreren nationalen Regierungen positiv aufgenommen. Der nächste Gipfel zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich im kommenden November wird eine erste Gelegenheit bieten, die Auswirkungen der Annäherung zwischen London und Brüssel konkret zu bewerten. [Fortsetzung](#)



Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Vom 28. September bis zum 2. Oktober tagte die Parlamentarische Versammlung des Europarates in Straßburg. Die Sitzung wurde mit der Verleihung des Václav-Havel-Menschenrechtspreises an die iranische Rechtsanwältin Nasrin Sotoudeh eröffnet. Die Abgeordneten befassten sich mit der Solidarität mit Ceuta, der Betreuung von ukrainischen Soldaten mit Behinderung sowie dem Beitrag von Diasporagemeinschaften und Migranten zum sozialen Zusammenhalt. Am 30. September diskutierten sie über Medienfreiheit, den Druck auf den Internationalen Strafgerichtshof und die Manöver Russlands. Am 1. Oktober standen gemeinsam mit der OECD das Klima und die Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf die Beschäftigung im Mittelpunkt der Debatten. Die Sitzung endete mit der Reform der Geschäftsordnung, insbesondere hinsichtlich der Außen- und interparlamentarischen Beziehungen der Versammlung. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Kultur :



Ausstellung "Malerinnen" in Oslo

Bis zum 7. Februar 2027 zeigt das Nationalmuseum in Oslo eine Ausstellung, die den Malerinnen in Europa zwischen 1550 und 1650 gewidmet ist. Mit rund fünfzig Gemälden von 19 Künstlerinnen, darunter Lavinia Fontana, Artemisia Gentileschi, Michaelina Wautier und Sofonisba Anguissola, setzt sich die Ausstellung mit der Rolle der Frauen in der Geschichte der Malerei auseinander. Sie befasst sich insbesondere mit Fragen der Sichtbarkeit, der Anerkennung, der Autonomie und der künstlerischen Ausbildung und hinterfragt zugleich, inwiefern die Kunstgeschichte dazu beigetragen hat, bestimmte Künstlerinnen an den Rand zu drängen. [Fortsetzung](#)

THYSSEN- BORNEMISZA MUSEO NACIONAL

Das Goldene Zeitalter der niederländischen Malerei in Madrid

Dank eines Austauschs von Kunstwerken zwischen dem Mauritshuis in Den Haag und dem Museo Nacional Thyssen-Bornemisza in Madrid sind bis zum 10. Januar 2027 Meisterwerke der niederländischen Malerei des 17. Jahrhunderts in der spanischen Hauptstadt zu sehen. Zu den Leihgaben gehören meisterhafte Werke niederländischer Meister (Frans Hals, Rembrandt van Rijn, Johannes Vermeer) sowie "Der Garten Eden" der Flamen Jan Brueghel der Ältere und Peter Paul Rubens. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Die Côte d'Azur in der Malerei in London

Bis zum 31. Januar 2027 würdigt die Royal Academy in London das Mittelmeer als Inspirationsquelle der großen Impressionisten, Postimpressionisten und Modernisten. Mit über 160 Gemälden, Skulpturen, Reiseplakaten und Kurzfilmen aus den Jahren 1870 bis 1960 präsentiert die Ausstellung "Painting the French Riviera" die Côte d'Azur anhand ihrer bedeutendsten künstlerischen Darstellungen. [Fortsetzung](#)



Zurbarán im Louvre

Bis zum 25. Januar 2027 widmet der Louvre dem spanischen Maler Francisco de Zurbarán eine Ausstellung. Der in sieben Abschnitte gegliederte Rundgang ermöglicht es den Besuchern, anhand von rund fünfzig Gemälden verschiedene Facetten des Werks dieses Meisters des 17. Jahrhunderts zu entdecken. [Fortsetzung](#)



Moovy, das Kölner Tanzfestival, feiert seine zehnte Ausgabe

Auch bei seiner zehnten Ausgabe fördert das Kölner Tanzfestival "Moovy" weiterhin den Dialog zwischen Choreografie, Kino, immersiven Medien und technologischer Innovation. Auf dem Programm stehen Vorführungen von Tanzfilmen sowie Performances im öffentlichen Raum und im digitalen Raum. Bei Begegnungen und Diskussionen können Künstler, Forscher und Studierende über die Möglichkeiten und Herausforderungen nachdenken, die sich aus der Schnittstelle von Tanz, Film und Technologie ergeben. Das Festival läuft noch bis zum 18. Oktober. [Fortsetzung](#)

■ Agenda :

 5/10/2026

10. Tagung des Assoziationsrates EU-Moldau (Brüssel)

 5-8/10/2026

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (Straßburg)

 8/10/2026

Treffen der Eurogruppe (Luxemburg)

 9/10/2026

Rat "Wirtschaft und Finanzen" (Luxemburg)

 12/10/2026

Rat Auswärtige Angelegenheiten und Rat Umwelt (Luxemburg)



Der Buchstabe n°1170

PDF

auf Deutsch -- Ausgabe von Dienstag 6. Oktober 2026

↓ Ich lade runter

Der Brief ist auch in den folgenden Sprachen verfügbar:



👍 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Helen Levy ;

Catherine d'Angelo, Lauriane Draghi,

Charles Mateos y Lago, Charlotte

Feldmann

N° ISSN: **2729-6482**

Eine Frage, eine Anregung?

Kontaktiere uns!

info@robert-schuman.eu

Chefredakteur :

Juliette Bachschmidt

Publikationschef :

Pascale Joannin

[Klicken Sie hier, wenn diese E-Mail nicht korrekt angezeigt wird.](#)

**FONDATION ROBERT
SCHUMAN**

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}